

Niederschrift
über die 04. Sitzung der Stadtvertretung am 19. August 2004
im Stadthauptmannshaus, Hauptstraße 150

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.33 Uhr

Beratungspunkte:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Nachrücken eines Mitglieds der Stadtvertretung
3. Einwohnerfragestunde
4. Anträge zur Tagesordnung
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 03. Sitzung der Stadtvertretung am 17. Juni 2004
6. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
7. Mitteilungen des Bürgervorstehers
8. Mitteilungen des Bürgermeisters
9. Umbesetzung von Ausschüssen und Wahlstellen
10. Besetzungsvorschlag für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg
11. 1. Nachtragshaushaltsplan/-satzung der Stadt Mölln für das Haushaltsjahr 2004
12. Gründung eines Abwasserzweckverbandes
13. 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 für das Gebiet westlich des Grambeker Weges, östlich der Bahntrasse, südlich der Planckstraße, nördlich des Delvenauweges, hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
14. Teilfortschreibung des Landesraumordnungsplanes
hier: Stellungnahme zum Entwurf (Stand: April 2004)
15. ÖPNV Stadtverkehr Mölln/Stadtbus
16. Behandlung der Anträge der Fraktionen
 - a) Antrag der CDU-Fraktion v. 27.07.04
Betr.: Einrichtung einer Offenen Ganztagschule
17. Anfragen und Eingaben
 - a) Anfrage der Ratscherrin Hälsig und des Ratscherrn Dr. von Notz v. 08.07.04
Betr.: Verkehrssituation und -sicherheit in der Möllner Innenstadt
18. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung

II. Nichtöffentlicher Teil

19. Entscheidung über Ehrungen
20. Grundstücksangelegenheiten
 - a) Übernahme von städtischen Mietwohnungen durch die Industrie-u. Wohngelände Mölln GmbH
 - b) Verkauf des Zeltplatzes am Lütauer See
21. Besetzungsvorschlag für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg

III. Öffentlicher Teil

22. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse
23. Schließung der Sitzung

Anwesenheitsliste:

A) Stadtvertretung :

CDU-Fraktion:

Ratsherr Hans-Hermann Albrecht
Ratsherrin Christiane Gehrman
Ratsherr Horst Gloyer
Bürgermeister Matthias Heidelberg – Vorsitzender-
Ratsherr Claus Jahnke
Ratsherr Horst Kühl
Ratsherr Gerd Kühme
Ratsherr Michael Kroll
Ratsherr Ulrich Leppek
Ratsherr Sven Michelsen
Ratsherrin Lieselotte Nagel
Ratsherrin Jutta Schlage
Ratsherr Bernd Schierstaedt
Ratsherr Jörg Steffen
Ratsherr Kay-Friedrich Voß

SPD-Fraktion:

Ratsherr Matthias Brötzmann
Ratsherr Ronny Dechow – *fehlt* -
Ratsherrin Sylvia Richter
Ratsherrin Dagmar Rossow
Ratsherr Uwe Schlegel
Ratsherrin Kirsten Patzke
Ratsherr Peter Zdarsky – *fehlt*-

FMW-Fraktion:

Ratsherr Joachim Groninger
Ratsherr Dieter Kamke
Ratsherr Horst Reichgardt
Ratsherr Hans Reis

FDP-Fraktion:

Ratsherr Ralf Hinze
Ratsherr Dieter Ruhland

Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Dr. Konstantin von Notz
Ratsherrin Regina Hälsig

- Ausschließungsgründe gem. § 22 GO lagen nicht vor.

- Abwesend aufgrund Pairing-Verfahren:

Zu TOP 10/21 : Ratsherren Leppek und Schierstaedt

B) Von der Verwaltung:

Bürgermeister Engelmann
Herr Duncker
Herr Piron
Herr Wendland
Frau Schult
Herr Thun
Frau Neumann
Frau Schneider
Frau Würdemann

Protokollführerin:

Elke Spuler

I.Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit de Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Heidelberg eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Besonders begrüßt wird die Klasse 10 c) der A.-Paul-Weber-Realschule mit der Schulleiterin Frau Heidn-Johannsen.

Es fehlen die Ratsherren Dechow und Zdarsky.

Eingangs weist Bürgervorsteher Heidelberg darauf hin, dass es üblich ist, ausgeschiedene Stadtvertreter in der Stadtvertretersitzung öffentlich zu verabschieden. - Er informiert darüber, dass Frau Wulf keine öffentliche Verabschiedung haben wollte und zum Ausdruck gebracht hat, dass für sie Arbeit und Engagement selbstverständlich gewesen sind.

Bürgervorsteher Heidelberg bittet den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, an Frau Wulf die Grüße im Namen der Stadtvertretung zu übermitteln verbunden mit einem aufrichtigen Dank für ihre engagierte kommunalpolitische Arbeit in den Gremien der Stadt.

2. Nachrücken eines Mitglieds der Stadtvertretung

Ratsherrin Wulf hat aus persönlichen Gründen mit Ablauf des 17.06.04 ihr Mandat niedergelegt. Bürgervorsteher Heidelberg stellt fest, dass auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Frau Kirsten Patzke

als neues Mitglied in die Stadtvertretung nachrückt.

Bürgervorsteher Heidelberg verpflichtet Frau Patzke gem. § 33 Abs. 5 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in die Tätigkeit ein.

Ratsherrin Patzke nimmt am Tisch der Stadtvertretung Platz.

3. Einwohnerfragestunde

Hierzu liegt nichts vor.

4. Anträge zur Tagesordnung

4.1 Ratsherr Schlegel erklärt, dass der vorgelegte Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion v. 10.08.04, betr.: „Übernahme der Fahrtkosten zum Schwimmunterricht der Möllner Schulen“ aufgrund neuer Tatsachen, die sich heute erst ergeben haben, zurückgezogen wird; er soll zunächst im Ausschuss beraten werden.

4.2 Verwiesen wird auf folgende vorgelegte Anträge:

- seitens der SDP-Fraktion zu TOP 9 v. 10.08.04 ,
- seitens der CDU-Fraktion zu TOP 11 v. 17.08.04 ,
- seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 15 v. 19.08.04.

4.3 Auf Antrag von Ratsherrn Schlegel wird TOP 20 b) – *Verkauf des Zeltplatzes am Lütauer See*- mit 26 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen vertagt und zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

Bürgervorsteher Heidelberg stellt fest, dass unter Berücksichtigung der o.e. Änderungen die Tagesordnung v. 05.08.04 gilt.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 03. Sitzung der Stadtvertretung am 17. Juni 2004

Einwendungen werden nicht erhoben.

6. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse

Auf den schriftlich vorliegenden Bericht v. 12.08.04 wird verwiesen.
Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

Bürgermeister Engelmann berichtet ergänzend

- zu lfd. Nr. 29. , dass die Veröffentlichung der *Gestaltungssatzung* am heutigen Tage, am 19.08.04, in den LN erfolgt ist.
- Zu lfd. Nr. 36 – *Landesgartenschau*- informiert er darüber, dass am 20.08. mit einem Büro aus Hannover eine Begehung der in Frage kommenden Flächen erfolgen wird; um 17.00 Uhr wird die Lenkungsgruppe tagen, um eine Entscheidung hinsichtlich der Beauftragung des Büros zu treffen.

7. Mitteilungen des Bürgervorstehers

Bürgervorsteher Heidelberg übermittelt die obligatorischen *Geburtstagsglückwünsche* an die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter; Glückwünsche gehen auch an Ratsherrn Kühl, der am heutigen Sitzungstag Geburtstag hat.

Im übrigen macht er auf das bevorstehende *Altstadtfest* aufmerksam, dass morgen, am 20.08.04, eröffnet wird.

8. Mitteilungen des Bürgermeisters

Auf den schriftlich vorliegenden Bericht v. 12.08.04 wird verwiesen.

Unter Hinweis auf diverse Presseveröffentlichungen zum Thema *Hartz IV* gibt Bürgermeister Engelmann ergänzend folgende Informationen:

- Zu diesem Thema „hängt vieles noch in der Luft“ – sowohl bei der Stadt als auch beim Kreis,
- Kreistag wird sich in der Sitzung am 09.09.04 mit dem Thema befassen;
- derzeit geht man davon aus, dass auf Kreisebene unterhalb der Arbeitsgemeinschaft aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages eine Kooperation angestrebt werden soll, weil der Landkreistag aus seiner Sicht festgestellt hat, dass die Arbeitsgemeinschaft verfassungswidrig ist. Der Landrat hat in Abstimmung mit den Städten u. Gemeinden vier Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der Umsetzung beschäftigen werden.
- Ziel muss es sein, im Interesse der Menschen zum 01.01.2005 handlungsfähig zu sein.
- Das wird bedeuten, dass für die Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter der Sozialabteilung in den Monaten November/Dezember Überstunden anfallen.
- Eine Rolle wird auch die Frage spielen „Was passiert mit der BQG“? – Gespräche mit der Bundesagentur in Bad Oldesloe werden zügig geführt. Der Bürgermeister spricht abschließend die Hoffnung aus, die große Herausforderung „Hartz IV“ gemeinsam mit Bundesagentur, Kreis sowie Städte u. Gemeinden meistern zu können, mit dem Ziel, die Leistungen auf das Arbeitslosengeld II zum 01.01.2005 zahlbar machen zu können.

Ratsherr Ruhland stellt mit dem Hinweis auf die ab 01.01.2005 eingerichtete neue Dienststelle die ergänzende Frage, ob sichergestellt ist, dass die Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter des Sozialamtes in diese neue Dienststelle übergehen?

Er weist zugleich darauf hin, dass dies nach seinem Kenntnisstand derzeit nicht sicher ist; was wird der Bürgermeister unternehmen, damit diese Überleitung gesichert ist?

- Hierauf eingehend bestätigt der Bürgermeister, dass z.Z. leider noch nicht sichergestellt ist, wie die personelle Ausstattung der Arbeitsgemeinschaft oder Dienststelle (nach öffentlich-rechtlichem Vertrag) sein wird. In der Arbeitsgruppe „Personal“ wird man sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Festgestellt wurde aber in den Schulungsveranstaltungen, dass bei Mitarbeitern aus den kommunalen Sozialämtern erheblich mehr Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Sicherung vorhanden ist als bei den Kolleginnen u. Kollegen aus der Bundesagentur. Die Schulungsmaßnahmen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich schnell in die Materie einarbeiten konnten, erfolgreich abgelaufen.

Bürgermeister Engelmann sichert zu, dass über den Sozial- u. Sportausschuss auch die Stadtvertretung zu diesem Thema weiter informiert werden wird.

Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

9. Umsetzung von Ausschüssen und Wahlstellen

Aufgrund des Ausscheidens von Ratscherrin Heike Wulf (mit Wirkung vom 18.06.04) werden Neuwahlen erforderlich.

Vorgelegt wird ein Antrag der SPD-Fraktion v. 10.08.04.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wählt die Stadtvertretung

- als Mitglied in den *Hauptausschuss* - Ratscherrin Ronny Dechow
- als Mitglied und zugleich auch als
2.stellv. Vorsitzende in den
Jugend- u. Schulausschuss - Ratscherrin Kirsten Patzke
- als Mitglied in den
Jugend- u. Schulausschuss - Bürgerdelegierten
Herrn Michael Prützel
- stellv. Mitglied in den
- *Jugend- u. Schulausschuss* und in den - Bürgerdelegierten
- *Schulleiterwahlausschuss* Herr Yves Trense

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Ferner wird bekannt gegeben,

- dass Ratscherrin Dechow die Aufgaben als *Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Mölln* in der *Gesellschafterversammlung der DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH* übernimmt und dass
- die Position *2. stellv. Fraktionsvorsitz der SPD-Fraktion* derzeit nicht besetzt wird.

10. Besetzungsvorschlag für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg

Gem. einer Vereinbarung zwischen CDU- und SPD-Fraktion (Pairing-Verfahren) verlassen die Ratscherrinnen Leppek und Schierstaedt von der CDU-Fraktion den Sitzungsraum.

Auf die Vorlage des Hauptamtes v. 07.07.04 wird verwiesen.

Ratscherrin Kühl erklärt für die CDU-Fraktion, dass man nach intensiven und langen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen ist, Herrn Volker Walsleben aus Ratzeburg für die Nachfolge vorzuschlagen.

Als Kriterium für diese Entscheidung wird die fachliche Kompetenz angeführt.

Ratscherrin Schlegel erklärt, dass die SPD-Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmt. Zur Begründung wird angeführt, dass nach Einschätzung der SPD-Fraktion die CDU-Fraktion in eigenen Reihen durchaus über Persönlichkeiten verfügt, die zur Wahl geeignet wären.

Im übrigen ist die SPD-Fraktion aber auch der Meinung, dass Bürgermeister Engelmann noch besser qualifiziert ist und eine Wahl des Bürgermeisters nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine bessere Informationspolitik, die sich dann für die Stadt Mölln ergeben würde, empfehlenswert ist.

Um eine Personaldebatte in der Öffentlichkeit zu vermeiden sowie zur Sicherung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, beantragt Ratsherr Kühl den Ausschluss der Öffentlichkeit zu diesem Punkt.

Bürgervorsteher Heidelberg stellt fest, dass hierüber Einvernehmen besteht.

Die Stadtvertretung kommt überein, diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil am Ende der Sitzung zu beraten (s. TOP 21).

11. 1. Nachtragshaushaltsplan/-satzung der Stadt Mölln für das Haushaltsjahr 2004

Ratsherr Schlegel als Vorsitzender des Finanzausschusses verweist auf den mit der Vorlage des Kämmereiamtes v. 05.08.04 vorgelegten 1. Nachtrag.
Vor dem Hintergrund der Absetzung des Punktes 20 b) – *Verkauf des Zeltplatzes am Lüttauer See* – besteht Einvernehmen, diesen Betrag aus dem 1. Nachtrag herauszunehmen.

In einer ausführlichen Erörterung machen die Fraktionen ihre Meinungen zum vorliegenden Nachtragshaushalt sowie zur Entwicklung der gegenwärtigen finanziellen Situation der Stadt detailliert deutlich.
Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass mit Ausnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Stimmhaltung) Zustimmung zum Haushalt signalisiert wird.

Ein von der CDU-Fraktion vorgelegter Antrag v. 17.08.04
- *Erhöhung des Zuschusses für die Alkohol- u. Drogenberatung*- wird vom Ersten Senator Michelsen eingebracht und begründet. Kopie liegt der
/ Niederschrift bei.

Gegenstand der Erörterung ist u.a. auch die Frage der *Schwimmfahrten für die Schulen* (s. auch TOP 4.1 der Niederschrift/Verweisung an den Ausschuss);
Bürgermeister Engelmann informiert auf Nachfrage darüber, dass eine seitens des Kiwanis-Clubs angebotene Spende in Höhe von 3.000 € aufgrund der gegenwärtigen Situation nun nicht mehr verwendet werden kann. Hintergrund ist, dass die Schulleiter zum Ausdruck gebracht haben, die Schwimmfahrten für dieses Jahr kurzfristig nicht mehr organisieren zu können. Da die Spende nur auf das Jahr 2004 bezogen war, muss ggf. versucht werden, für das Jahr 2005 neu zu verhandeln.

Nach Austausch der Meinungen und abschließender Erörterung fasst die Stadtvertretung unter Hinweis auf die o.e. Vorlage v. 05.08.04 einschl. der anliegenden Änderungsübersicht sowie unter Berücksichtigung des Antrags der CDU-Fraktion v. 17.08.04 und der Herausnahme der Position „Verkauf des Zeltplatzes am Lütauer See“ folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt den/die anliegende

1. Nachtragshaushaltsplan/Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Mölln für das Haushaltsjahr 2004

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen.

12. Gründung eines Abwasserzweckverbandes

Der Antrag der CDU-Fraktion v. 06.08.04 wird vom Vorsitzenden der Fraktion, Ratsherrn Kühl, eingebracht und ausführlich erläutert.

Dabei weist er auf die fast 4-jährigen Bemühungen hin, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger den Bestand der Abwasserregelung kostengünstig zu gestalten bzw. zu sichern; erinnert wird an diverse Gespräche, die es zu diesem Thema gegeben hat. Nun ist die Zeit reif, die gewünschte Zielrichtung anzusteuern; auf den vorgelegten Antrag wird verwiesen.

Zur Begründung wird lt. Antrag folgendes angeführt:

„- Zur Sicherung der Abwasserbeseitigung im Geschäftsbereich der Vereinigten Stadtwerke erscheint es notwendig, um eine zukunftsorientierte Geschäftsentwicklung zu betreiben, über einen Abwasserzweckverband die Betreuung und Unterhaltung der Abwasserbeseitigung – für die VSG und damit für die Städte und die im Zweckverband befindlichen Ämter bzw. Gemeinden – zu sichern.

- Nur die Gründung eines Abwasserzweckverbandes gewährleistet, dass andere entsprechende Anbieter, die sich im Geschäftsbereich der Vereinigten Stadtwerke gefestigt haben, nicht niederlassen.

- Aufgrund der vorliegenden Untersuchungen bezüglich des Gesellschaftsrechts, der Zahlen (u.a. der Synergieeffekte) muss davon ausgegangen werden, dass in der Zukunft eine für die angeschlossenen Teilnehmer kostengünstige Abwasserbeseitigung nur möglich ist, über die Gründung eines Abwasserzweckverbandes.

- Die unterschiedlichen Gebühren, die zur Zeit in Ratzeburg, Bad Oldesloe und Mölln erhoben werden, zeigen insbesondere am Beispiel Möllns, dass eine straffe kostenorientierte Bewirtschaftung der Abwasserbeseitigung einen wirtschaftlichen attraktiven Kubikmeterpreis für die Abwasserbeseitigung haben kann.

Bei der Erfüllung aller geforderten Aufgaben im Bereich der Abwasserbeseitigung kann diese nur in einem größeren Verband kostengünstig betrieben werden. Daher die Gründung des Abwasserzweckverbandes.

Die Synergieeffekte, die möglich sind, aufgrund vorhandener Einrichtungen bei den Vereinigten Stadtwerken, sichert der Abwasserzweckverband einen weiteren Geschäftszweig und erhöhen die Wirtschaftlichkeit der VSG.“

Es folgt eine ausführliche Debatte.

- Deutlich wird, dass in allen Fraktionen Einvernehmen zur Gründung des Abwasserzweckverbandes besteht und der jetzt eingeschlagene Weg für richtig gehalten wird.

- Zum Ausdruck gebracht wird aber auch, dass man im Hinblick auf das z.Zt. in Mölln bestehende niedrige Gebührenniveau fest davon ausgeht, dass dieses auch zukünftig erhalten bleibt bzw. noch gesenkt und nicht an die anderen Städte angepasst wird.

- Bürgermeister Engelmann informiert darüber, dass in den vergangenen 4 Jahren schon vielfältige Detailfragen geprüft wurden, so z.B. auch die Frage der Gebührengestaltung. Er deutet an, dass eine 3-geteilte Gebührenkalkulation angestrebt wird und es nicht zu einer Erhöhung für Mölln kommt. Zweck und Ziel der Bestrebungen wird aber sein, über den Zweckverbandes eines Tages einheitliche Gebühren und eine Nivellierung zu erreichen.

- Bedenken zum vorgeschlagenen Namen werden von Ratsherrn Reis geäußert; er macht darauf aufmerksam, dass diese Bezeichnung aus geschichtlicher Sicht nicht korrekt sei, denn Mölln und Ratzeburg liegen nicht in Holstein, sondern im Herzogtum Lauenburg.

- Auf Antrag von Ratsherrn Kühl wird unter Ziff. 6 als letzter Satz eingefügt wird:

„ Die Vorbereitungen sollen bis zum 31.12.04 abgeschlossen sein“.

Bedenken gegen diese enge zeitliche Vorgabe werden von Bürgermeister Engelmann erhoben; angesichts der komplexen Thematik wird dieser Termin als nicht realistisch angesehen.

Nach Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung unter Berücksichtigung der Ergänzung zu Ziff. 6 folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Mölln versucht, mit den Städten Bad Oldesloe und Ratzeburg einen Abwasserzweckverband zu gründen.
2. Dieser Abwasserzweckverband ist die „Rumpforgansisation“ (möglicher Name: Abwasserzweckverband Südholstein).
Nach Installation dieses Abwasserzweckverbandes sollen den Gemeinden und/oder den Ämtern, die zur Region der Städte gehören, die Möglichkeit gegeben werden, Mitglied in diesem Abwasserzweckverband zu werden.
3. Die VSG führt, geregelt über eine Geschäftsbesorgungsvereinbarung, die Geschäfte des Abwasserzweckverbandes Südholstein.
4. Um möglichst vielfältige Synergieeffekte zu erzielen, wird die Struktur der VSG nicht verändert, die Hauptverwaltung bleibt in Ratzeburg. Das heißt, dass der Zweckverband seinen Geschäftssitz in Ratzeburg hat.

5. Wird bis zum 30. November 2004 keine Einigung mit den Städten Bad Oldesloe und Ratzeburg erzielt, so wird Mölln, mit den Ämtern der Region einen Abwasserzweckverband allein gründen.
6. Der Bauausschuss wird aufgefordert, alles so vorzubereiten, dass für die Abwasserbeseitigung möglichst zügig ein Übergang in einen Zweckverband erfolgen kann.
Der Finanzausschuss wird beauftragt, sich mit den finanztechnischen Auswirkungen der Gründung dieses Abwasserzweckverbandes auseinanderzusetzen und wird zusammen mit der Kämmerei Lösungen zur Gründung erarbeiten.
Die VSG mit ihren Gremien bereitet alles vor, um den neuen Geschäftszweig Abwasser ordnungsgemäß erfüllen zu können.
Die Vorbereitungen sollen bis zum 31.12.04 abgeschlossen sein.
7. Es ist ein Zeitplan vorzulegen, in dem festgelegt wird, wann zum frühesten Zeitpunkt der „Abwasserzweckverband Südholstein“ gegründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

13. 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 für das Gebiet westlich des Grambeker Weges, östlich der Bahntrasse, südlich der Planckstraße, nördlich des Delvenauweges;
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Die Vorlage des Stadtbauamtes v. 06.08.04 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, eingebracht, ergänzend erläutert und begründet.

Wie schon bei Beschlussfassung des Satzungsbeschlusses in der Stadtvertretung am 11.12.03, zu TOP 18, deutlich gemacht, erläutert und begründet Ratsherrin Hälsig auch zu dieser jetzt beantragten Änderung erneut die ablehnende Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Stadtvertretung fasst sodann unter Hinweis auf die o.e. Vorlage folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft: Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben, sowie die Träger öffentlicher Belange, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 für das Gebiet westlich des Grambeker Weges, östlich der Bahntrasse, südlich der Planckstraße, nördlich des Delvenauweges, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter der Beratung ausgeschlossen.

14. Teilfortschreibung des Landesraumordnungsplanes
hier: Stellungnahme zum Entwurf (Stand: April 2004)

Die Vorlage des Stadtbauamtes v. 22.07.04 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, eingebracht, ergänzend erläutert und begründet. Bezug genommen wird auf den Beschluss der Stadtvertretung 03/04 v. 17.06.04, zu TOP 22, ferner auf die erneute Beratung im Bauausschuss am 08.07.04, TOP 12, und die jetzt neu vorgelegte Beschlussempfehlung.

Ratsherrin Hälsig erläutert und begründet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die ablehnende Haltung zu Ziff. b) des Beschlusses.
Es wird Einzelabstimmung über a) und b) beantragt.

Nach abschließender kurzer Erörterung und Darlegung der Meinungen fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Zu a)

Hinsichtlich des Entwurfs der Ziff. 5.1.1.6 und der Ziffer 5.1.3.4 der Teilfortschreibung des Landesraumordnungsplans (Stand: April 2004) bestehen seitens der Stadt Mölln keine Bedenken.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Zu b)

Zum Entwurf der Ziff. 7.5 der Teilfortschreibung des Landesraumordnungsplans (Stand: April 2004) bestehen seitens der Stadt Mölln grundsätzliche Bedenken, weil städtische Planungsrechte beeinträchtigt werden. Kommunale Entscheidungsfreiheit wird auf die Landesplanung übertragen, die mit den örtlichen Problemen und Zielvorstellungen nicht vertraut ist, daher soll es bei der jetzigen Regelung im Landesraumordnungsplan bleiben. Eine Teilfortschreibung in diesem Punkt ist überflüssig und kommunalfeindlich.

Begründung:

Der in Mölln gewählte Weg, derartige Einrichtungen zu beurteilen und abzuhandeln, entspricht durchaus den Anforderungen, die im Landesraumordnungsplan verankert werden sollen, aber der Weg ist die freiwillige Entscheidung der Stadt Mölln und dabei soll es bleiben. Die Stadt ist der Auffassung, dass die weitere Regulierung eine weitere Einschränkung der Planungshoheit der Kommunen ist und daher abzulehnen ist. Dies nicht nur aus Kostengründen, sondern auch aus entwicklungsstechnischen Gründen, um Regionen und Kommunen Entwicklungen individuell zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: 26 J-Stimmen, 2 Nein-Stimmen.

15. ÖPNV Stadtverkehr Mölln/Stadtbus

Die Vorsitzende des Bauausschusses erinnert an die Beratungen zu TOP 23 a) der letzten Stadtvertreterversammlung aufgrund des Antrags von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und informiert über die sich anschließenden ausführlichen Beratungen im Bauausschuss am 08.07 u. am 05.08.04 unter Einbeziehung der Geschäftsleitung der RMVB.

Eine Beschluss wurde nicht gefasst; man kam überein, die vielfältigen Anregungen in den Fraktionen zu diskutieren, um sie dann an den Aufsichtsrat der RMVB weiterzugeben, dort dann zu prüfen und zu entscheiden, was umgesetzt werden kann – ohne dass eine zusätzliche Kostenbelastung entsteht.

Ratsherrin Hälsig bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausdruck, dass die Beratungen im Bauausschuss Anlass für den jetzt vorgelegten neuen Antrag v. 19.09.04 gewesen sind. Der Antrag wird von ihr ausführlich erläutert, dabei werden Vergleiche zwischen dem Konzept der RMVB und dem Konzept der Fraktion Bündnis/Die Grünen im einzelnen deutlich gemacht - bezogen auf Ziele, Einnahmen und Ausgaben; letztlich geht es um die Frage: Was ist mit den jeweiligen Konzepten zu erreichen?

/ Eine Fotokopie des Antrags liegt der Niederschrift bei.

Es folgt eine kurze Debatte; die wesentlichen Inhalte der Meinungen werden kurz zusammengefasst wie folgt festgehalten:

- *SPD-Fraktion*; Ratsherr Schlegel erinnert an das hohe Defizit der früheren RMVG, zusätzliche Kosten darf es jetzt nicht geben. Man sollte bis Jahresende abwarten, wie sich Fahrplanwechsel und Anlaufphase auswirken und den Antrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht aus den Augen verlieren, ihn ggf. zu gegebener Zeit erneut im Bauausschuss behandeln.

- *CDU-Fraktion*; sie wird den Antrag ablehnen; Ratsherr Kühl bringt zum Ausdruck, dass dennoch überlegenswerte Ansätze enthalten sind.

Bauausschuss ist jedoch nicht der zuständige Ausschuss; gefordert in dieser Frage sind vielmehr die Gremien der RMVB (Geschäftsführer, Aufsichtsrat/Gesellschafter) .

- *Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*: Ratsherr Dr. von Notz spricht die soziale Komponente an; ÖPNV ist ein Angebot an die Bürger, wie z.B. auch Straßen, Ampeln usw. in die auch investiert wird.

- *FDP-Fraktion*; Ratsherr Ruhland signalisiert mit Blick auf zusätzliche Kosten, die man sich nicht leisten könne, eine ablehnende Haltung zum vorliegenden Antrag.

Nach Austausch der Meinungen lässt Bürgervorsteher Heidelberg über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen; er stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

2 Ja Stimmen,
26 Nein-Stimmen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.
Weitere Anträge werden nicht gestellt.

16. Behandlung der Anträge der Fraktionen

a) Antrag der CDU-Fraktion v. 27.07.04

Betr.: Einrichtung einer Offenen Ganztagschule

Von Ratsherrin Gehrman wird der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion v. 27.07.04 eingebracht, erläutert und begründet.

Es folgt eine ausführliche Erörterung.

Die SPD-Fraktion hält die jetzige Vorgehensweise der CDU-Fraktion nicht für glücklich und äußert ihr Mißfallen; erinnert wird an vergangene Beratungen im Jugend- u. Schulausschuss und die Verweisung in die Fraktionen.

Wünschenswert wäre es gewesen, eine gemeinsame Beratung mit einer Ausschlußempfehlung für die Stadtvertretung zu erreichen.

Seitens der CDU-Fraktion wird zum Ausdruck gebracht, dass man in der Sache zügig weiterkommen möchte, um Fördermittel noch in Anspruch nehmen zu können; im übrigen habe jede Fraktion das Recht Anträge zu stellen.

Ratsherr Ruhland empfiehlt eine Zurückverweisung des Antrags der CDU-Fraktion in den Jugend- u. Schulausschuss.

Auch Bürgermeister Engelmann spricht sich dafür aus, den Antrag in die Ausschussberatungen einzubeziehen.

Ratsherr Kühl signalisiert, dass einer Ausschussverweisung nicht zugestimmt wird; einverstanden ist man jedoch damit, zu Ziff. 8 des Antrags folgenden letzten Satz einzufügen:

„Nach den Ausschussberatungen sind die Ergebnisse der Stadtvertretung zur Entscheidung vorzulegen“.

Von Ratsherrin Patzke wird für die SPD-Fraktion der Antrag gestellt, den Antrag zur Beratung an den zuständigen Ausschuss zu verweisen. Unter Hinweis auf § 20 Abs. 6 der Geschäftsordnung lässt Bürgervorsteher Heidelberg zunächst über diesen Antrag abstimmen; er stellt fest, dass der Antrag auf Verweisung in den Ausschuss mit 15 Nein-Stimmen und 13 Ja-Stimmen abgelehnt wird.

Unter Hinweis auf den o.e. Antrag der CDU-Fraktion und unter Berücksichtigung der Ergänzung zu Ziff. 8 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Unter Beachtung der Ziele und Grundsätze einer offenen Ganztagschule soll diese unter nachstehenden Voraussetzungen für die Möllner Schulen eingerichtet werden:
Ziel ist es, die offene Ganztagschule in Mölln zu entwickeln auf der Grundlage der Zusammenarbeit von Schule, Kinder – und Jugendhilfe und weiteren außerschulischen Trägern für ein neues Verständnis von Schule.
Förder-, Betreuungs- und außerschulische Bildungsangebote erweitern die Möglichkeiten, die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern zu verbessern
Vorhandene Interessen von Jugendlichen werden gefördert und gestärkt. Das Bildungs- und Erziehungsangebot orientiert sich an dem jeweiligen Bedarf der Kinder, Jugendlichen und Eltern. Damit wird die Situation von Familien, in denen die Eltern berufstätig und/oder allein erziehend sind, erleichtert.
2. Das Konzept für die offene Ganztagschule ist so aufzubauen, dass während der Öffnungszeiten eine pädagogische Betreuung, mindestens von einer Person, zur Verfügung steht.
3. Die offene Ganztagschule soll an vier Tage in der Woche eingerichtet werden. Das Angebot ist bis 16.00 Uhr bereit zu halten.
4. Weiterhin ist zu prüfen, ob bestehende Betreuungsangebote der Stadt Mölln unter dem Dach der Schule zusammen geführt und in die Ressourcen der Jugendhilfe eingebunden werden können. Insgesamt ist anzustreben, dass das Personal aus Lehrern, Erziehern, Sozialpädagogen, Sozialarbeitern, Therapeuten, Handwerkern, Übungsleitern, Eltern, Studenten, Praktikanten, älteren Schülern und Senioren bestehen kann. Sofern freie Träger wie Sportvereine, Kirchen,

- Musikschulen oder Wohlfahrtsverbände einbezogen werden, ist deren Tätigkeit und Vergütung zu prüfen und später in einer Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Mölln und der Schule bzw. den Schulen zu regeln.
5. Die Betreuung der offenen Ganztagschule in Mölln liegt bei der Stadt. Zu prüfen ist, ob dies nur gewährleistet werden kann über eine neu zu schaffende Stelle.
Hierzu sind die Kosten zu ermitteln.
 6. Seitens des Schul- u. Kulturamtes ist anhand des vorhandenen Raumprogramms zu prüfen, inwieweit die offene Ganztagschule mit den vorhandenen Räumlichkeiten durchgeführt werden kann. sollte dies nicht der Fall sein, so ist gleichzeitig zu ermitteln, wieviel Räume mit welcher Nutzung zusätzlich zu schaffen sind, damit rechtzeitig entsprechende Anträge für das Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagschulen gestellt werden können.
 7. Um ermitteln zu können, welche Anzahl von Schülern für eine offene Ganztagschule zur Verfügung stehen werden, sind entsprechende Erhebungen einzuleiten. Die Leitung zur Ermittlung dieser Zahlen liegt beim zuständigen Amt der Stadt Mölln. Die Schulen werden aufgefordert, kurzfristig mit dem zuständigen Amt eine möglichst genaue Zahl der Schülerinnen und Schüler zu ermitteln, die die offene Ganztagschule in Anspruch nehmen werden.
Die Elternwünsche sind mit zu beachten.
 8. Über den zuständigen Ausschuss ist kurzfristig unter Beteiligung der Schulen der Stadt Mölln, der gesamten Stadtverwaltung und den Stadtvertretern ein Konzept zu entwickeln, das die Ziele des Ganztagsangebotes festlegt, die Zielgruppen definiert, die Kooperationspartner findet und zuordnet, die Abstimmung mit der öffentlichen Jugendhilfe vornimmt. Ein Kostenplan ist zu entwickeln für die möglichen Investitionen zum einen und für die laufenden Kosten zum anderen.
Nach den Ausschussberatungen sind die Ergebnisse der Stadtvertretung zur Entscheidung vorzulegen.
 9. Die Stadtvertretung geht davon aus, dass bis zum Ende des Jahres 2004 die Grundzüge der Konzeption erarbeitet worden sind.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen.

17. Anfragen und Eingaben

- a) Anfrage der Ratsherrin Hälsig und des Rats Herrn Dr. von Notz v. 08.07.04
Betr.: Verkehrssituation und –sicherheit in der Möllner Innenstadt

Rats Herr Dr. von Notz bringt die vorliegende Anfrage v. 08.07.04 mit ergänzenden Erläuterungen ein.

/ Eine Fotokopie liegt der Niederschrift bei, ebenfalls die hierzu vorliegenden
// Stellungnahmen der Verwaltung v. 13.07.04 und v. 23.07.04.

Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

18. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
liegen nicht vor.

-Nichtöffentlicher Teil-

(Der Verlauf des nichtöffentlichen Sitzungsteils zu den TOP's 19, 20a) u. b) und 21
ist in einer nichtöffentlichen Anlage zur Niederschrift gesondert festgehalten)

19. Entscheidung über Ehrungen

Die Vorlage des Hauptamts v. 04.08.04 wird von Ratsherrn Kühl als Vorsitzenden des
Hauptausschusses mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht.

Unter Hinweis hierauf fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, die in der nichtöffentlichen Anlage
zur Niederschrift über die 08. Sitzung des Hauptausschusses am 03.08.04 aufgeführte
Persönlichkeit in Würdigung und Anerkennung ihrer Leistungen und Verdienste durch
Verleihung der Stadtplakette zu ehren.

20. Grundstücksangelegenheiten

- a) Übernahme von städtischen Mietwohnungen durch die Industrie-u. Wohngelände
Mölln GmbH

Verwiesen wird auf die Vorlage des Kämmereiamtes v. 06.07.04.
Unter Hinweis auf die o.e. Vorlage fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, städtische Mietwohngrundstücke (gem. Anlage
zur Vorlage v. 28.11.2003) an die Industrie- und Wohngelände Mölln GmbH
zu übertragen/zu veräußern.

- b) Verkauf des Zeltplatzes am Lütauer See

Die Vorlage des Kämmereiamtes v. 05.08.04 wird zur erneuten
Beratung an den Finanzausschuss verwiesen (s. auch TOP 4.3).

21. Besetzungsvorschlag für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg

Beratung und Beschlussfassung in Abwesenheit der Ratsherren Leppek und Schierstaedt (gem. Pairing-Verfahren).

Für die CDU-Fraktion verweist Ratsherr Kühl auf den bereits zu TOP 10 gemachten Vorschlag für die Besetzung des Verwaltungsrates.

Ferner wird auf den zu TOP 10 der Niederschrift gemachten Vorschlag der SPD-Fraktion verwiesen.

Nach Austausch der Meinungen und abschließender Erörterung fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, dem Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg zur Wahl in den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg in Nachfolge für den ausgeschiedenen Ratsherrn Horst Gloyer den seitens der CDU-Fraktion Benannten für einen der Sitze der Stadt Mölln zur Wahl vorzuschlagen.

III. Öffentlicher Teil

22. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Bürgervorsteher Heidelberg gibt folgende Beschlüsse bekannt:

- zu TOP 19: Eine Persönlichkeit soll in Würdigung und Anerkennung ihrer Leistungen durch die Stadtplakette geehrt werden.
- zu TOP 20a): Städtische Mietwohnungen werden an die Industrie- u. Wohngelände Mölln GmbH veräußert.
- zu TOP 20b): Erneute Beratung im Finanzausschuss.
- zu TOP 21: Ein Nachfolger für ein ausgeschiedenes Mitglied ist benannt worden und wird dem Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg zur Wahl für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg für einen der Sitze der Stadt Mölln vorgeschlagen.

23. Schließung der Sitzung

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt Bürgervorsteher Heidelberg die Sitzung um 21.33 Uhr.

Matthias Heidelberg
Bürgervorsteher

Elke Spuler
Protokollführerin

Auswertung der Niederschrift
über die 04. Sitzung der Stadtvertretung am 19. August 2004
im Stadthauptmannshof

Von den Punkten haben folgende Ämter u. Abteilungen Auszüge erhalten:

Öffentlicher Teil:

TOP	2	am 31.08.04	Hauptamt
	4	am 30.08.04	Hauptamt, Jugend-,Sport- Schul-u.Kulturamt
	6	am 31.08.04	Bürgermeister Engelmann, Stadtbauamt
	8	am 31.08.04	Ordnungs- u. Sozialamt
	9	am 24.08.04	Hauptamt
	10	am 25.08.04	Hauptamt
	11	am 30.08.04	Kämmereiamt, Jugend-, Sport- , Schul- u. Kulturamt Ordnungs- u. Sozialamt
	12	am 26.08.04	Bürgermeister Engelmann, Hauptamt, Kämmereiamt, Stadtbauamt, VSG
	13	am 23.08.04	Stadtbauamt
	14	-,,-	Stadtbauamt
	15	am 31.08.04	Bürgermeister Engelmann, Stadtbauamt, RMVB
	16	am 30.08.04	Jugend-, Sport-,Schul-u. Kulturamt Personalabteilung, Kämmereiamt
	17	am 31.08.04	Ordnungsabteilung, Stadtbauamt

Nichtöffentlicher Teil

	19	am 24.08.04	Hauptamt, Jugend-,Sport-,Schul.-u. Kulturamt
	20a)	am 24.08.04	Kämmereiamt
	20b)	am 24.08.04	Kämmereiamt
	21	am 25.08.04	Hauptamt

Öffentlicher Teil

	22	am 31.08.04	Hauptamt, Kämmereiamt, Jugend-,Sport-,Schul-u.Kulturamt
--	----	-------------	--

Mölln, den 1. September 2004
 Stadt Mölln
 Der Bürgermeister
 I.A.